

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپائی

Ausgabe vom 24.03.2018

Von Jörg Kronauer

25.03.2018

High Noon am 1. Mai [USA und China]

US-Präsident verschiebt Entscheidung über Strafzölle für EU-Produkte und nimmt zunächst China ins Visier. Beijing kündigt Gegenmaßnahmen an



Die »herausragende Beziehung« zu China krönte Trump (l.) nun mit der Verhängung von Strafzöllen. (Mit Präsident Xi Jinping im November 2017)

Foto: REUTERS/Jonathan Ernst

Der Frühjahrsgipfel der EU ist traditionell schwerpunktmäßig den Wirtschaftsthemen gewidmet. Das galt diesmal ganz besonders: Mit dem aktuellen Konflikt um die drohenden US-Strafzölle und dem britischen Austritt aus der EU standen zwei Themen

prominent auf dem Programm des am Freitag zu Ende gegangenen Brüsseler Treffens, die immense Auswirkungen auf die EU-Ökonomie haben können. Auch der Vorstoß des französischen Präsidenten Emmanuel Macron zur Reform der Euro-Zone war Gegenstand der Gespräche.

Zunächst wurde die Brüsseler Tagesordnung durch die Ankündigung des US-Handelsbeauftragten Robert Lighthizer durcheinandergewirbelt, Washington werde der EU eine befristete Ausnahmeregelung bei den Strafzöllen auf Stahl- und Aluminiumimporte gewähren, die generell am gestrigen Freitag in Kraft traten. Sie sollten auf Einfuhren aus der Union vorläufig nicht erhoben werden. Trump höchstselbst ließ sich mit der Bestätigung dieser Ankündigung allerdings bis spät in die europäische Nacht hinein Zeit. Der Brüsseler Gipfel war daher gezwungen, die Debatte über das Thema in den Abend zu schieben und sie am Freitag morgen noch einmal aufzunehmen. Dann war endgültig klar: Der US-Präsident hatte die EU bis zum 1. Mai von seinen generellen Stahl- und Aluminiumstrafzöllen freigestellt. Bis dahin soll nun über die künftige Ausgestaltung des transatlantischen Gütertauschs verhandelt werden. Gibt's am 1. Mai kein für Trump zufriedenstellendes Resultat, dann treten die Strafzölle in Kraft.

Darauf hat sich die EU allerdings nur halb und mit Widerwillen eingelassen, schließlich will sie »auf Augenhöhe« mit den USA verhandeln. Damit verträgt es sich nicht, wenn man es mit einem US-Präsidenten zu tun hat, der quasi »einen Revolver an unsere Schläfe setzt«, wie es der belgische Ministerpräsident Charles Michel am Freitag formulierte. Brüssel hat daher Trumps Mitteilung »zur Kenntnis« genommen, aber zugleich darauf bestanden, eine »permanente Ausnahme« zu bekommen, und seine Drohung mit Gegenmaßnahmen – zum Beispiel Strafzölle auf Orangensaft aus Florida und auf Whiskey aus Kentucky – aufrechterhalten. Wirtschaftskreise haben sich freilich trotz aller Vorbehalte erleichtert gezeigt. »Uns fällt ein großer Stein vom Herzen«, seufzte zum Beispiel der Präsident des deutschen Außenhandelsverbandes BGA, Holger Bingmann.

Dabei ist auf dem EU-Gipfel klar gewesen, dass Trumps vorläufige Ausnahmeregelung für die Union der Einstieg in eine weitreichende strategische Weichenstellung gewesen sein könnte. Der US-Präsident hat am Donnerstag schließlich nicht nur der EU eine Tür geöffnet, er hat zugleich Strafzölle gegen China in Aussicht gestellt, die weit über die Stahl- und Aluminiumzölle hinausreichen – Beijing hat natürlich keine Ausnahmeregelung bekommen – und aktuell mit 60 Milliarden Euro beziffert werden. Berlin und Brüssel werben schon seit geraumer Zeit für ein gemeinsames Vorgehen gegen die Volksrepublik in Sachen Strafzölle und Investitionsschranken; dieser Plan ist in den vergangenen Tagen

seiner Verwirklichung ein bisschen näher gerückt. Allerdings ist klar, dass China nicht passiv bleiben wird: Beijing hat bereits angekündigt, auf die neuen US-Strafzölle mit entschlossenen Gegenmaßnahmen zu reagieren. Einige US-Börsenwerte stürzten prompt ab; der Ausgang des sich abzeichnenden Handelskonflikts ist offen.

Die EU-Staats- und Regierungschefs hatten am Freitag neben den US-Strafzöllen unter anderem auch den »Brexit« auf ihrer Tagesordnung. Sie haben dabei die bereits vorab festgelegten Leitlinien für die weiteren Verhandlungen beschlossen. Demnach wird die Union dem Vereinigten Königreich nach seinem Austritt ein umfassendes Handelsabkommen anbieten. Den britischen Vorschlag, in einzelnen Branchen EU-Normen beizubehalten und damit de facto den Binnenmarkt punktuell fortzusetzen, haben die Staats- und Regierungschefs mit dem oberlehrerhaften Hinweis zurückgewiesen, »Rosinenpicken« sei nicht drin. Man wird sehen müssen, was etwa BMW davon hält, dass Brüssel damit die Chance des deutschen Autokonzerns auf eine Sicherung seiner Lieferketten zerstört.

Schließlich haben die 19 EU-Staaten, die inzwischen den Euro eingeführt haben, am Freitag noch über den Vorstoß des französischen Präsidenten Emmanuel Macron zur Reform der Euro-Zone diskutiert. Zentrale Punkte wie etwa die Forderung nach Einführung eines Euro-Finanzministers samt Euro-Haushalt hatte Berlin schon im Vorhinein abgebügelt; man habe wegen der etwas schwierigen Regierungsbildung leider keine Zeit gehabt, sich darum zu kümmern – mit dieser Begründung hatten deutsche Regierungsstellen schon vorab die Debatte in Brüssel um eines der wichtigsten Anliegen des zentralen Verbündeten abgesagt. Inzwischen heißt es in Berliner Regierungskreisen, Macrons Vorschlag sei doch wirklich recht komplex; man werde dies auch im Juni nicht abschließend behandeln können. Das Schicksal des Pariser Vorstoßes zeichnet sich damit überdeutlich ab: Tod durch Aussitzen.